

Von Caritas zu Klassenkampf?

Gestrichen wird bei Arbeitslosen und RentnerInnen

Als Zentralorgan des Klassenkampfes kann man die katholische Caritas wirklich nicht bezeichnen. Aber auch sie muss konstatieren, dass es hierzulande eine »enorme Einkommens- und Vermögensspreizung« gibt. Eine von der Caritas in Auftrag gegebene sozialwissenschaftliche Grundlagendstudie, die im Oktober dieses Jahres vorgelegt wurde, lieferte beeindruckende Zahlen. So wirft beispielsweise das Vermögen, das die oberen 20% der Bevölkerung in der BRD besitzen, pro Jahr mehr Rendite ab, als die unteren 40% an Gesamtvermögen auf sich vereinigen können. Eine andere Zahl aus der Studie: Der sogenannte »Missbrauch« von Leistungen der Sozialhilfe beläuft sich jährlich auf ca. 0,28 Milliarden Mark, das sind 2% des Gesamtaufwandes. Auf der anderen Seite werden etwa 4,5 Milliarden Mark pro Jahr nicht abgerufen, weil viele Sozialhilfeberechtigten ihren Anspruch nicht einlösen. Zum Kontrast: Die Summe, die dem Staat durch Steuerhinterziehung vorenthalten wird, beträgt jährlich (!) ungefähr 140 Milliarden Mark. Zur weiteren Illustration ein Zitat aus einer Untersuchung des Gießener Volkswirtschaftsprofessors Dieter Eißel: »Würden die Steuern auf

Gewinne im gleichen Umfang (bezogen auf die Anteile an den Gesamtsteuereinnahmen) zur Finanzierung der Staatsaufgaben herangezogen wie 1980 (Anteil rund 25%), hätten die öffentlichen Haushalte 1995 rund 86 Mrd. Mark mehr zur Verfügung gehabt.« Und der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete vor einigen Wochen, dass die Firma Bayer Leverkusen, die früher in Leverkusen 250 Millionen Mark Gewerbesteuer gezahlt hat, heute keine einzige Mark mehr entrichtet. Wie die aktuelle Firmenbilanz aussieht, bedarf kaum weiterer Erwähnung. Notiert sei schließlich noch der Sozialneid der aus Deutschland stammenden Vorstände von Daimler-Chrysler, die sich jüngst bitterlich darüber beklagten, dass sie nur einige kümmerliche Millionen pro Kopf und Jahr einstrichen, während die Einkommen ihrer amerikanischen Kollegen deutlich im zweistelligen Millionenbereich liegen. Angesichts solcher Zahlen könnten alle Diskussionen über Bildungsmisere, BAföG, Staatsverschuldung, Armut geradezu lachhaft erscheinen, wäre die Lage für die Betroffenen nicht so traurig. Bundesfinanzminister Eichel spart einen Großteil seiner 30 Milliarden Mark bei RentnerInnen und

Arbeitslosen. Grüne und CDU/CSU überbieten sich gleichzeitig in Vorschlägen zur Senkung der Spitzensteuersätze, während es hierzulande 2,9 Millionen SozialhilfeempfängerInnen, 2,8 Millionen sogenannte »versteckte Arme« und etwa 20 Millionen Menschen mit prekären Einkommensverhältnissen, d.h. jederzeit gefährdetem minimalem Wohlstand gibt.

Auch wer nicht die Systemfrage stellen möchte, kommt kaum an der Erkenntnis vorbei, dass hier irgendetwas grundlegend falsch läuft. Ganz offensichtlich wäre genug Geld da: Für umfassende Sozialleistungen, ja sogar für eine Grundsicherung für alle, für ein ausgezeichnet ausgestattetes Bildungssystem, für einen hervorragenden und günstigen öffentlichen Personenverkehr, für Schuldenerleichterung und Reparationen für die Länder der »Dritten Welt«, und was mensch noch so alles auf die Wunschliste setzen möchte. Im Gegenzug würden bloß zahlreiche Firmen eine halbe statt vier Milliarden Mark Gewinn verbuchen, würden hunderttausende Reiche ein gewisses Minus in der Portokasse spüren. Dafür nötig wären lediglich verschärfte Steuerkontrollen sowie die signifikante Erhöhung bzw. Wiederein-

führung der Steuern auf Spitzeninkommen, Vermögen, Gewinne und hohe Erbschaften. Und richtet mensch den Blick global aus, ergibt sich das Resultat, dass die gesamte Weltbevölkerung ohne Probleme sorgenfrei leben könnte angesichts der bestehenden, gewaltigen Möglichkeiten zur Warenproduktion. Vor 150 Jahren stellte allerdings ein Mensch namens Karl Marx die These auf, es entwickle sich mit der Zeit stets ein Widerspruch zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln zur Herstellung von Gütern und den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Erzeugung und Verteilung. Besagter Widerspruch zwischen, wie Marx es bezeichnete, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen könne nur auf einem Weg gelöst werden: Revolution.



Olaf Bartz

FDP zur Vermögenssteuer

Wenn acht Prozent der Bevölkerung 50 Prozent des Kapitals halten, müssen kritische Fragen erlaubt sein. Zum Beispiel: Wo steckt der Rest des Geldes? Es sollte über eine Steuer an die Vermögenden abgeführt werden (Vermögenssteuer). Aus sozialen Gründen ist die Laufzeit begrenzt und endet mit dem Tag, da sich das Vermögen der Empfänger um weitere 50 Prozent erhöht hat.

(aus: Eulenspiegel 11/99)

Uni-Kids: Endlich Betreuungsstätte für Kinder an der Uni Köln

Durch das im Jahre 1996 festgeschriebene Recht auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren wurde diese Altersgruppe bei der Vergabe von Plätzen bevorzugt berücksichtigt. Folge dieser Praxis war die Verdrängung jüngerer Kleinkinder aus den gemeinnützigen Kindergärten.

Entsprechend verschlechterte sich die Situation studierender Eltern mit Kindern bis zu drei Jahren, wobei vor allem Mütter häufig ihr Studium wegen mangelnder preisgünstiger Betreuungsmöglichkeiten abbrechen mussten.

Hartnäckige Zusammenarbeit von Frauen an Uni und FH Köln konnte das Kölner StudentInnenwerk veranlassen, sich der Belange studierender Elternteile anzunehmen und die Trägerschaft über die Kinderbetreuungsstätte Uni-Kids zu übernehmen. Der studentische Sozialbeitrag wurde auf Anstoß der linken Hochschulgruppen um zwei Mark erhöht, um die Personalkosten zu decken. Im ASTA-Projekt »Studieren mit Kindern« arbeitete Andrea Klein gemeinsam mit dem Seminar »Studieren mit Kind(ern)« an der AfH einerseits an einem pädagogischen Konzept für die Betreuungsstätte, andererseits an der Bewältigung organisatorischer Probleme. Die Bemühungen waren schließlich erfolgreich:

Seit dem Sommer dieses Jahres können Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren bis zu zwölf Stunden wöchentlich in den freundlichen, kindgerechten Räumen an der AfH von drei ausgebildeten Erzieherinnen betreut werden. Bevorzugt aufgenommen werden Kinder im Alter von ein bis drei Jahren. Der Bedarf an Kleinkindbetreuung ist, wie die Erfahrung der letzten Wochen zeigte, bei weitem nicht gedeckt. Leider haben sowohl die AfH das Seminar als auch der jetzige Uni-ASTA das Projekt eingestellt, obwohl viele pädagogische Fragen nach wie vor ungeklärt bleiben.

Andrea Klein



Uni-Kids
Frangenheimstr. 4
50931 Köln
Tel.: 0221-4061537
www.koelner-studentenwerk.de

Ein Vorschlag zur Neugestaltung des BAföG

Eines der zahllosen und, wen wundert es, nicht eingehaltenen Versprechen der rot-grünen Bundesregierung war eine BAföG-Reform, die den Namen auch wirklich verdient. Die Situation ist bekannt: Die Aufwendungen des Bundes für das BAföG sind in den letzten acht Jahren von 2,5 auf 1,6 Milliarden DM jährlich gesunken – ein Minus von 36 Prozent. Die inzwischen verabschiedete 20. BAföG-Novelle bedeutete nicht mehr als eine »Pizza-Reform« mit maximal 20 Mark mehr im Monat für diejenigen, die den BAföG-Höchstsatz erhalten. Dies sind zur Zeit ohnehin nur ein Bruchteil der StudentInnen. Weder decken die Höchstsätze auch nur annähernd die Lebenshaltungskosten, noch umfasst der Kreis der Anspruchsberechtigten tatsächlich alle Bedürftigen. Nachzulesen ist all das seit Jahren in den detaillierten Sozialerhebungen des Hochschulinformationssystems (HIS) bzw. des Deutschen Studentenwerks. Keines der aktuell gehandelten Reformmodelle verspricht eine grundlegende Verbesserung. Rotgrün pocht auf Aufkommensneutralität, und die CDU/CSU warf jüngst der Bundesregierung genau das vor, was sie in 16 Jahren Regierungszeit selbst betrieben hat.

Dass es auch ganz anders ginge, wenn die politischen Prioritäten anders gesetzt würden, zeigt ein Blick auf das nördliche Nachbarland Dänemark. Das dortige System der Ausbildungsförderung, anerkannterweise eines der besten der

Welt, sieht so aus: Alle Studierenden erhalten siebzig Monate lang ein Stipendium (Statens Uddannelsesstøtte – SU) in Höhe von ca. 950 Mark monatlich als Vollzuschuss. Darüber hinaus kann ein zinsfreies Darlehen von weiteren 490 Mark pro Monat in Anspruch genommen werden. Dies alles geschieht elternunabhängig mit der einen Ausnahme, dass bei denjenigen, die zu Hause wohnen, die SU auf 475 Mark im Monat reduziert wird. Auch die übrige Ausgestaltung ist äußerst studentInnenfreundlich angelegt: So wird zum Beispiel das Engagement in studentischen und Hochschulgremien berücksichtigt, es gibt Härtefallregelungen, die Zahlungen laufen auch bei Auslandssemestern weiter, eine Studienabschlussförderung kann beantragt werden, Studierende mit Kindern erhalten zusätzliche SU. All dies funktioniert seit zehn Jahren ausgezeichnet und zeigt, dass – ein entsprechender politischer Wille vorausgesetzt – Reformen im positiven Sinn durchaus möglich sind. Das dänische BAföG-System wäre für die Bundesrepublik ein nachahmenswertes Vorbild.

Olaf Bartz

Impressum:

Herausgegeben von der Alternativen Liste
Uni Köln, c/o ASTA PH Köln
Gronewaldstr. 2, 50931 Köln
www.uni-koeln.de/studenten/al
Satz/Layout: Dirk Eckert

Gebühren für Langzeitstudis?

»Ich unterschreibe hier aber nicht für Langzeitstudenten, oder?« – Sorgenvoll zögern so manche KommilitonInnen beim Unterzeichnen der Unterschriftenaktion des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS). Man halte ja »eigentlich« auch nichts von Studiengebühren, »aaaber« einen Sündenbock braucht man dann doch noch. Der Mythos der schmerzenden »LangzeitstudentInnen« wird gebetsmühlenartig von StudiengebührenbefürworterInnen wiederholt.

Natürlich wendet sich das ABS und dessen Unterschriftenaktion gegen jedwede Form von Studiengebühren. Und das aus gutem Grund. Gerade »Langzeitstudiengebühren« werden gerne als Wegbereiterinnen für allgemeine Studiengebühren verwendet. So müssen die

KommilitonInnen in Baden-Württemberg 1000 Mark pro Semester zahlen, wenn sie die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschritten haben – und nun plant der dortige Wissenschaftsminister Trotha den nächsten Schritt, nämlich allgemeine Gebühren.

Vor einigen Jahren war noch überall zu hören, dass »lange« Studienzeiten angesichts der schlechten Ausstattung der Hochschulen und der problematischen Finanzlage der StudentInnen unvermeidbar sind. Diese Stimmen sind weitgehend verstummt, obwohl sich an beiden Sachverhalten nichts zum Positiven, sondern eher zum Negativen entwickelt hat.

»Wissenschaftliche Untermauerung« erhält die x-te Auflage der SozialschmarotzerInnenkampagne durch zwei Mannheimer Wirtschaftswissen-

schafterInnen, die auf einer mehr als unwissenschaftlichen Befragung von 418 StudentInnen fußt. Demnach ist der StudentInnenausweis 1187 Mark pro Semester wert. Die, um es höflich zu formulieren, methodische Fragwürdigkeit der Zahlen kommt bei den genannten Vergünstigungen zum Ausdruck: Da wird das Semesterticket genannt – doch kein Verkehrsbetrieb zahlt dabei drauf. Bankkonten und Zeitschriften seien billiger – doch handelt es sich hierbei vor allem um Werbemaßnahmen für potentielle zahlungskräftige StammkundInnen. Und die Befreiung von Rundfunkgebühren erhalten alle Menschen mit geringem Einkommen – nicht nur StudentInnen. Darüber hinaus wird dabei völlig ausgeklammert, dass StudentInnen von Sozialleistungen wie Wohngeld und Sozialhilfe ausgeschlossen sind und dass mittlerweile nur noch drei Jahre Studium auf die Rente angerechnet werden. Eine

seriöse Studie käme höchstwahrscheinlich zu dem Ergebnis, dass »LangzeitstudentInnen« niemand anderem auf der Tasche liegen als sich selbst.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen existiert nach wie vor eine gesellschaftliche Mehrheit gegen Studiengebühren. Eine im Auftrag der »Woche« vor gut einem Monat erstellte Umfrage ergab, dass sich 53 Prozent der 1500 Befragten gegen Studiengebühren aussprachen, nur 32 Prozent sie befürworteten; der Rest äußerte keine Meinung. Die bundesweite Unterschriftenaktion läuft ebenfalls auf Hochtouren. Mehrere zehntausend Unterschriften werden bis zum Ende der Kampagne am 31. Januar 2000 erwartet. Die AL will von der Uni Köln einen unabhängigen Beitrag liefern: An allen unseren Infotischen liegen die Listen aus. Nur zu!